
Antrag

der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke

Mindestmaß an Würde bei ordnungsbehördlichen Bestattungen ermöglichen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, in den Ausführungsvorschriften über Bestattungskosten (AV-Ord-Bestattungen) eine Regelung zu schaffen, die gewährleistet, dass in allen Bezirken bei allen ordnungsbehördlichen Bestattungen ein Blumenschmuck, Musik sowie eine Grabrede realisiert werden können.

Die zuständige Senatsfachverwaltung wird aufgefordert, die erforderlichen Ressourcen gemeinsam mit den Bezirken zu ermitteln und im Rahmen der nächsten Doppelhaushaltsberatungen anzumelden. Zeitgleich soll das entsprechende Produkt und die Budgetierung zur Refinanzierung der Bezirke angepasst werden (Konnexitätsprinzip).

Begründung:

Nach § 16 Abs. 3 des Bestattungsgesetzes haben die Bezirksämter auf Kosten des Bestattungspflichtigen für die Bestattung einer Leiche zu sorgen, wenn Bestattungspflichtige nach § 16 Abs. 1 des Bestattungsgesetzes nicht vorhanden oder nicht zu ermitteln sind oder sie ihrer Pflicht nicht oder nicht rechtzeitig nachkommen und kein anderer die Bestattung veranlasst und der Sterbeort im Land Berlin liegt (sog. ordnungsbehördliche Bestattungen).

Die ordnungsbehördlichen Bestattungen sind von in den letzten Jahren von 1.979 im Jahr 2012 auf 2.733 im Jahre 2021 kontinuierlich gestiegen (vgl. AGH-Drs. 19/11706). Bisher sind die Leistungsmerkmale zur Sicherung eines Mindestmaßes an postmortaler Würde laut Vertrag mit dem Bestattungsdienstleister für ordnungsbehördliche Bestattungen je nach Bezirk unterschiedlich ausgestaltet. Einige Bezirke wie z.B. Pankow und Treptow-Köpenick gewährleisten als zusätzliche Leistung Blumenschmuck. Zukünftig soll in Berlin ein

einheitlicher Standard postmortaler Würde gewährleistet werden. Dafür ist es erforderlich die in der AV Soz Bestattungskosten enthaltenen Standards für z. B. Bestattungskosten, Blumenschmuck, Trauerrede ebenfalls in der AV Ord Bestattungen vorzusehen. Die Bezirke erhalten dafür eine Zuweisung durch das Land.

Berlin, den 17. November 2022

Saleh Düsterhöft
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
der SPD

Gebel Graf Kurt
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen

Helm Schatz Schlüsselburg Fuchs
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke